

ZA 16 5385

BStU
000001

STRENG GEHEIM!

N o t i z

Über die Gespräche des Genossen Minister mit dem Vorsitzenden
des KfS der UdSSR, Genossen Armeegeneral V. M. TSCHEBRIKOW,
am 1. und 2. 4. 1985 in Moskau

Teilnehmer:

seitens des KfS: Gen. Armeegeneral ZINJOW
Gen. Generaloberst KRJUTSCHKOW
Gen. Generalleutnant SCHUMILOV
Gen. Generalmajor GROMAKOW
Gen. Hauptmann LJOSCHIN (Dolmetscher)

seitens des MfS: Gen. Generaloberst WOLF
Gen. Generalmajor DAMM
Gen. Oberstleutnant SALEVSKY (Dolmetscher)

Teurer Genosse Viktor Michailowitsch TSCHEBRIKOW!

Ich bedanke mich für die uns gegebene Möglichkeit, heute wieder über einige Probleme und Erfahrungen sprechen zu können.

Als erstes nochmals herzliche Kampfesgrüße des Generalsekretärs, Gen. Erich Honecker, des Gen. Egon Krenz u. a. bekannter Genossen der Partei- und Staatsführung übermitteln, die der Zusammenarbeit unserer Organe größte Aufmerksamkeit schenken. Dies ist von großer Bedeutung für die Einschätzung der militärpolitischen Lage und der Lage im Innern unserer Länder. Kampfesgrüße aller Tschekisten der DDR.

Warum wir uns als Tschekisten bezeichnen, ist seit langem bekannt.

Mit Gen. E. Honecker habe ich mehrmals über die internationale Lage gesprochen, über die Lage in Genf. Er hat mich bevollmächtigt, zu sagen:

Unsere Partei- und Staatsführung, die Kommunisten der DDR unterstützen voll die auf dem Außerordentlichen Plenum des ZK der KPdSU durch den Generalsekretär, Gen. Michail Gorbatschow, getroffene Einschätzung und gegebene Orientierung. Wir sind fest davon überzeugt, daß die unter aktiver Mitwirkung von Juri Andropow und Konstantin Tschernenko ausgearbeitete strategische Linie unter Führung des Gen. Gorbatschow mit Entschlossenheit und Schöpferkraft verwirklicht wird.

Wir sind entschlossen, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um unseren Beitrag dazu zu leisten als Tschekisten (dem Vermächtnis von Juri Andropow und Konstantin Tschernenko gerecht zu werden).

In unseren ausführlichen Gesprächen im Mai vorigen Jahres haben wir die ganze breite Palette der die Einschätzung der Lage kennzeichnenden Probleme behandelt, ebenso die sich daraus für unseren gemeinsamen Kampf ergebenden Konsequenzen und Aufgaben.

Da wir in unseren Auffassungen übereinstimmen und alles, worüber wir uns verständigt haben, auch weiterhin voll gültig ist, geht es mir heute - gewissermaßen in Fortsetzung unserer Beratungen vom Mai 1984 - nur um einige ausgewählte Probleme.

Herzlichen Dank für den großartigen Empfang, der uns auf dem Flugplatz zuteil wurde.

Bitte Gen. V. M. Tschebrikow, das Wort zu übernehmen.

Gen. Tschebrikow: Möchte in meinem eigenen Namen, im Namen aller anwesenden Genossen und aller Mitarbeiter des KfS Dank aussprechen für die Grüße der Genossen Honecker und Krenz. Vielen Dank dafür.

Bitte, Gen. Honecker zu übermitteln, daß wir mit den Gesprächen, die wir mit ihm führten, sehr zufrieden sind. Ich war vor einem Jahr bei Euch und erinnere mich noch bis ins Detail dieser Gespräche.

Georgi Karpowitsch war vor kurzem bei Euch. Er steht noch immer unter dem Eindruck dieses Gesprächs. Er hat mich ausführlich informiert. Deshalb bitten wir Sie, Genossen Honecker unseren Dank zu übermitteln.

Wenn wir jetzt über unsere Probleme, über die Lage sprechen, möchte ich mit dem Außerordentlichen Märzplenum beginnen. Dieses Plenum war ein großes Ereignis in unserem Leben.

Es wurde bekanntlich als neuer Generalsekretär M. S. Gorbatschow gewählt.

Auf diesem Plenum wurden die Aufgaben formuliert, die vor unserer Partei, vor unserem ganzen Volk stehen. Ich und Georgi Karpowitsch waren Teilnehmer dieses Plenums.

Das Plenum verlief im Zeichen der Einheit. Wir befinden uns noch heute unter dem Eindruck dieser Einheit und der parteilichen Atmosphäre, als es darum ging, die Kontinuität der Politik unserer Partei zu demonstrieren.

Die Beschlüsse des Plenums haben im Volk, in der Partei volle Unterstützung gefunden.

Auf allen Ebenen, in allen Schichten unserer Bevölkerung finden die Beschlüsse des Plenums sowie die Wahl des Gen. Gorbatschow große Unterstützung; sie wurden mit Genugtuung aufgenommen. Es herrscht überall gute Stimmung. Dies berechtigt zu der Hoffnung, daß alle Aufgaben, vor denen wir stehen, erfolgreich gelöst werden.

Folgende Aufgaben stehen:

- . Vervollständigung unseres sozialistischen Systems
- . Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft sowie mit den kommunistischen Bruderparteien
- . Lösung der Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts
- . viele andere soziale Probleme, vor denen die UdSSR steht.

Jetzt befaßt sich jeder damit, die Aufgaben, seinen Beitrag festzulegen, um diese große Sache zu erfüllen.

Wir stehen vor dem neuen Parteitag. Das Datum ist noch nicht festgelegt. Dies wird auf dem nächsten Plenum festgelegt, das voraussichtlich noch in diesem Monat stattfindet.

Dabei werden der Termin und die Ordnung für die Vorbereitung des Parteitages festgelegt, d. h. wie die Rechenschaftslegung der Parteiorgane erfolgen wird.

Es ist vorgesehen, ein neues, überarbeitetes Parteiprogramm zu verabschieden. Auf dem Plenum wird festgelegt, wann die Veröffentlichung des Entwurfs erfolgt, damit es rechtzeitig diskutiert werden kann. In dieser Richtung ist noch viel zu tun.

Das Jahr 1985 wird sehr anstrengend sein.

Noch eine Bemerkung zu einer Veranstaltung, die bereits abgelaufen ist. Vor kurzem erfolgten in den Unionsrepubliken die Wahlen zu den Sowjets (Dorfsowjets bis Oberste Sowjets). 3 Millionen Deputierte wurden gewählt.

Die Wahlen sind gut verlaufen. Die Teilnahme war sehr gut. Die Wahlkampagne verlief sehr gut. Die gesamte Atmosphäre war sehr erfreulich.

Natürlich gab es von den Wählern sehr viele Aufträge. Nach der Analyse dieser Aufträge kann festgestellt werden:

Man soll für den Frieden kämpfen, den Krieg verhindern. Alles tun, damit wir im Frieden leben und es auf unserem Planeten keine Kriege mehr gibt.

Alle anderen Aufträge sind soziale, lokale Probleme, die im Laufe des Lebens gelöst werden können, wenn es gelingt, den Frieden zu erhalten.

Jetzt befinden wir uns vor dem großen Ereignis des 40. Jahrestages des Sieges, ein Feiertag unseres gesamten Volkes. In den Betrieben und Einrichtungen hat dieser Feiertag bereits begonnen.

Die Haupttage sind am 8. und 9. Mai. Wir gehen diesem Jahrestag mit der Losung: "Sicherung des Friedens" entgegen. Dies ist unsere Hauptsorge.

Bei uns werden Dokumente mit den Thesen veröffentlicht, unter denen dieser Feiertag begangen wird.

Was die internationale Lage anbetrifft, müssen wir leider feststellen, daß dieses Fest in den einzelnen Ländern unterschiedlich begangen wird.

In den USA weiß die Mehrzahl der Bevölkerung überhaupt nicht, daß die Sowjetunion am Krieg beteiligt war, geschweige welche Opfer das Sowjetvolk gebracht hat. Sie kennen die Zahl unserer Opfer nicht. Sie denken, daß der Sieg durch USA-Waffen errungen wurde.

Dabei brachten die USA nur 100.000 Opfer. In einigen Ländern Westeuropas - darunter die BRD - wird dieses Fest als Tag der Aussöhnung begangen. Man begreift nur nicht, wer sich mit wem aussöhnen will oder soll. Eine verschwommene Formulierung.

Bei uns ist dies völlig klar. Wir werden diesen Feiertag so begehen, wie wir dies bereits erklärt haben.

Zur wirtschaftlichen Lage im Lande

Der Winter war sehr hart. Aber auch bei Euch war der Winter hart und nicht leicht.

An einigen Orten war der Winter völlig ungewöhnlich. Sogar für uns, als ein nördliches Land, war der Winter hart und ungewöhnlich. An einigen Orten waren die Temperaturen so, wie seit Jahrhunderten nicht. Wir haben sehr viele Energieressourcen verbraucht. Nicht allen Betrieben ist es gelungen, die Pläne zu erfüllen. Nicht weil sie schlecht gearbeitet haben oder weil keine Maßnahmen ergriffen wurden. Alles wurde unternommen. Aber es hat nicht ausgereicht, um die entstandenen Probleme zu meistern und die Pläne zu erfüllen. Die Kräfte reichten nicht aus.

Im Transportwesen, besonders bei der Eisenbahn gab es sehr komplizierte Bedingungen. Viele bereits fertiggestellte Waren konnten nicht dorthin transportiert werden, wo sie gebraucht wurden. Jetzt werden alle Maßnahmen ergriffen, um alles wieder aufzuholen. Dies wird aber einige Monate dauern.

Die Witterungsbedingungen haben auch unsere Landwirtschaft beeinflußt. Das Vieh konnte im Gegensatz zu anderen Jahren noch nicht auf die Weiden getrieben werden. Die Aussaat kann nicht überall rechtzeitig erfolgen.

Schlußfolgernd kann man sagen, daß uns viele zusätzliche Arbeit bevorsteht, um die Lage wieder zu normalisieren. Ein Beispiel: Früher waren die unterirdischen Gasspeicher bereits wieder vollgepumpt. Heute entnehmen wir weiterhin Gas und haben noch nichts wieder zugepumpt. Alles ist nicht so einfach. Unsere Menschen verstehen dies alles. Alle haben sie an der Lösung der Probleme teilgenommen.

Zur operativen Lage

Die Lage ist normal. Bis heute gibt es keine besonderen Probleme. Müssen aber trotzdem die Lage beachten. Als Gen. Andropow Vorsitzender war, haben wir der Schaffung des "Netzes" große Aufmerksamkeit gewidmet. Die Gebietsverwaltungen und örtlichen Organe wurden verstärkt. Es wurden neue Verwaltungen und "Besondere Abteilungen" geschaffen. Dies gibt uns jetzt die Möglichkeit, alles zu sehen, was sich entwickelt, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und die entsprechenden Instanzen zu informieren. Werden sehen, wie es weiterläuft.

Zu Genf

Die Hauptaufmerksamkeit gilt den Genfer Verhandlungen. Die Vorgeschichte ist bekannt. Die Verhandlungen laufen bereits eine bestimmte Zeit. Am 23. 4. tritt eine Pause ein. Man kann folgendes feststellen:

Unsere Position: Wir sind gekommen, um doch etwas zu vereinbaren. Wir wollen konstruktiv und sachlich verhandeln, um zu den

Interkontinentalraketen
Mittelstreckenraketen
und zum Kosmos

etwas zu vereinbaren. Unsere Delegation hat die Direktive, etwas zu vereinbaren. Neue Probleme werden wir nicht stellen. Unser Standpunkt ist bekannt. Dazu gibt es Presseerklärungen. Die Delegation hat die Direktive, beweglich zu sein, nicht hartnäckig auf etwas zu bestehen, sondern ausgewogen zu verhandeln und zu manövrieren.

Der Hauptsinn der Verhandlungen ist, etwas zu vereinbaren, gemeinsame Ansatzpunkte zu finden.

Die Amerikaner haben sofort die Position bezogen, daß sie nichts vereinbaren wollen. Sie haben schon offen darüber gesprochen.

Die Verhandlungen dauern noch nicht lange. Deshalb ist es noch zu früh, eine Einschätzung zu geben und Bilanz zu ziehen.

Die vorliegenden Informationen zeigen, daß die USA nichts vereinbaren wollen, zu keiner Frage.

stellen alles auf den Kopf, bringen es durcheinander und wollen einseitige Vorteile erringen. Sie versuchen, von der Politik der Stärke aus zu verhandeln.

Einerseits verhandeln sie in Genf, beschließen aber gleichzeitig ein neues MX-Raketen-Programm.

Wir bleiben auf unserer konstruktiven Position bestehen und versuchen, geduldig zu bleiben und die Verhandlungen weiterzuführen.

Wenn die Zeit kommt, werden wir auch offen darüber sprechen, wer was gesagt hat. Alles ist in Dokumenten, in Protokollen festgelegt.

Jetzt wurde vereinbart, nichts zu veröffentlichen. Aber wenn sie sich weiter so verhalten, werden wir an die Öffentlichkeit treten.

Wir wollen erst einmal den Abschluß der ersten Verhandlungsrunde abwarten. Bis jetzt tut sich noch nichts.

Zu Westeuropa

Allen Angaben zufolge, Äußerungen der politischen Funktionäre, Stimmung in der Bevölkerung, alle wollen zur Entspannungspolitik zurückkehren. Wir und Ihr tragen viel dazu bei, den Geist der Entspannung zu beleben. Es klappt aber nicht alles in dieser Richtung.

Zum Beispiel die BRD, deren Position ist schwer zu erklären bezüglich der Produktion von konventionellen Waffen. Jetzt beginnen sie sogar, Raketen konventionellen Charakters zu bauen. Sie bauen Flugzeuge, Panzer, U-Boote, Artillerie. Alle Arten von Waffen, die es gibt, werden in der BRD gebaut.

Es stellt sich die Frage: Wozu? Niemand hat erklärt, daß man gegen die BRD Krieg führen will. Wozu also diese Waffenproduktion?

Gleichzeitig gibt es Erklärungen mit Forderungen nach Revision der im Ergebnis des II. Weltkrieges entstandenen Grenzen. Diese Handlungen sind schwer zu erklären.

Man kann es verschieden verstehen, aber Tatsachen bleiben Tatsachen. Dies betrifft auch die Engländer und die Franzosen. Sie erklären das eine und tun das andere. Es werden immer neue Waffendepots angelegt.

Zu China

Jetzt sind neue Momente aufgetreten, die Veranlassung geben, sich einiges zu durchdenken. Aber man kann noch keine Schlußfolgerungen ziehen.

Nehmen wir z. B. das ZK-Plenum der KPCh vom Oktober vergangenen Jahres. Auf diesem Plenum sagte der Generalsekretär Hu Yaobang, daß die Sowjetunion ein sozialistisches Land sei, daß man die Beziehungen zur Sowjetunion herstellen soll, ohne konkret zu sagen, welche Beziehungen. Die UdSSR ist unser Nachbar.

Im Januar war der Schriftstellerkongreß. Auf diesem Kongreß erklärte der Präsident des Schriftstellerverbandes, daß die Sowjetliteratur für China ein Beispiel ist. Man muß sie übersetzen und publizieren, da sie viel zur Erziehung zum Patriotismus beitragen kann.

Schon seit Mitte der 60er Jahre hat man in China die Sowjetunion nicht mehr als sozialistisches Land bezeichnet. Dies ist jetzt zum ersten Mal erfolgt. Vor kurzem war eine chinesische Parlamentsdelegation in der Sowjetunion. Es verlief alles gut. Im Unterschied zu früher, als es verschiedene Erklärungen gab.

Andererseits werden in der chinesischen Presse weiter anti-sowjetische Materialien veröffentlicht. Jeden Tag erscheinen solche Artikel.

In unserer Presse gibt es nichts dergleichen.

Es gibt keine besonderen Änderungen in den beiderseitigen Beziehungen. Am 9. April beginnt die nächste Runde der sowjetisch-chinesischen Gespräche. Dabei können wir die Echtheit ihrer Erklärungen prüfen.

Sie erinnern sich an die sogenannten 3 "Hindernisse", die nicht unsere Beziehungen mit China betreffen. Bis jetzt konnten wir noch nicht über unsere Beziehungen sprechen. Immer wieder wurden diese 3 "Hindernisse" vorgebracht. Am 9. April sitzen wir am Tisch.

Dann werden wir weitersehen, was die Chinesen uns sagen werden. Die Chinesen äußern sich widersprüchlich. Einige sagen, daß die territorialen Ansprüche Japans berechtigt sind, obwohl wir ihnen sagen: Hätten sie keinen Krieg geführt, dann hätten sie keine Ansprüche.

Andererseits haben die Chinesen aufgehört, uns offen wegen Afghanistan zu kritisieren. Die Chinesen unterstützen aber in der Presse voll die revanchistischen Ansprüche der BRD. Sie erklären überall, daß man beide deutschen Staaten wieder vereinigen soll. Davon haben sie noch nicht Abstand genommen. Aber andererseits sprechen sie nicht mehr so viel über den Abzug unserer Truppen von der chinesischen Grenze. Es ist kompliziert, sich in dieser Politik zurechtzufinden.

In der chinesischen Führung gibt es keine Einigkeit. Es gibt Widersprüche u. a. was die zweite Lektion gegen die SRV betrifft. Es gibt keine zweite Lektion gegen Vietnam.

Unsere Politik gegenüber China wurde auf dem letzten Parteitag festgelegt und wird beibehalten.

Dies wurde von Gen. Gorbatschow auf dem letzten Plenum nochmals unterstrichen.

Dies entspricht voll und ganz der Politik, die wir gegenüber China schon lange führen. Das gibt es bei uns nicht, daß wir heute so sprechen und morgen etwas anderes. Wir sprechen immer nur von der Verbesserung der Beziehungen zu China. Es ist noch nicht klar, wie wir ihre Politik uns gegenüber verstehen sollen. Hoffen wir, daß uns die nächste Gesprächsrunde ab 9. April mehr Klarheit bringt.

Sollten Sie Materialien darüber haben, wären wir sehr dankbar dafür, damit wir die richtige Linie beziehen können und um zu sehen, in welche Richtung sie gehen wollen.

Zu Afghanistan

Die Lage ist weiter kompliziert. Die Führung des Landes unter Leitung von Karmal leistet viel für die Verbesserung der sozialen Basis im Lande. Man kann nicht sagen, daß die afghanische Führung alles schlecht macht. Im Gegenteil. Die Führung unternimmt alles, um den Prozeß im Lande in den Griff zu bekommen und zu aktivieren.

Der Westen setzt seine Unterstützung für die Konterrevolution fort.

Seitens des Iran wird episodenhaft Unterstützung gewährt. Hat eigene Probleme, steht im Krieg mit Irak.

Es werden umfangreiche Maßnahmen getroffen, um die Grenze zu Pakistan zu sichern. Es gibt dazu spezielle Beschlüsse. Diese Aufgabe steht vor allen Behörden. Die Grenztruppen werden verstärkt. Teile der Streitkräfte wurden dorthin verlegt.

Unsere Truppen beteiligen sich auch an der Sicherung der Grenzen. In den letzten Monaten wurde viel Arbeit geleistet. Es wurden viele Karawanen mit Banditen abgefangen und vernichtet. Mit diesen Karawanen liefert man Waffen. Viele Waffen wurden sicher gestellt, viele Gefangene gemacht.

Viele sagen aus, daß in Pakistan militärische Kommandeure ausgebildet werden zum Einsatz in Afghanistan.

Es gibt amerikanische, chinesische, italienische, französische, englische, westdeutsche und ägyptische Waffen, d. h. ein ganzer Strauß von Ländern, die gegen Afghanistan Krieg führen. Es ist noch nicht gelungen, die gesamte Grenze zu sichern. Wenn so weiter gearbeitet wird, wird es im wesentlichen gelingen, die Grenze abzusichern und die Karawanen mit Waffen abzufangen.

Die erste Aufgabe ist die Verbreiterung der sozialen Basis der Revolution.

Zweite Aufgabe ist die Absicherung der Grenze.

Dritte Aufgabe ist die vernünftige Nutzung der Unterstützung, die unsere Truppen leisten.

Leider muß ich sagen, daß weiter Opfer gebracht werden. Tote und Verwundete. Es gibt Invaliden (Beine, Arme, Augen usw.). Ich spreche von unseren Truppen. Während des Krieges wurde einmal gesagt: Es gibt Todesnachrichten.

Trotzdem betrachten wir es als unsere internationalistische Pflicht, Afghanistan weiter zu helfen und zu unterstützen, um die Ideen der Aprilrevolution durchzuführen und um aus der komplizierten Lage einen Ausweg zu finden.

Wir haben bekanntlich kein Interesse, etwas in diesem Land an uns zu reißen. Natürlich hat es strategische Bedeutung, da es an unserer Grenze liegt. Das heißt jedoch nicht, daß wir unsere Truppen in Finnland, in die Türkei oder in Irak einrücken lassen. Aber in Afghanistan vollziehen sich revolutionäre Veränderungen und deshalb haben wir die Pflicht, Hilfe zu leisten.

BStU
000014

13

Zur Lage in Mittelamerika

Es lohnt nicht, über die einzelnen Länder zu sprechen. Alle Probleme stehen in Verbindung mit Nikaragua. Es existiert nach den Wahlen eine gesetzmäßige Regierung. Es ist ein großes Ereignis, daß diese Regierung vom Volke gewählt wurde. Was den bewaffneten Kampf im Lande anbetrifft, wird dieser von den Sandinisten gegen die Contras erfolgreich geführt. Praktisch gelingt es dem Feind nicht, durch Kampfhandlungen etwas zu erreichen, obwohl viele Kräfte eingesetzt werden. Die Volkskräfte kämpfen beispielhaft und mit großem Mut - wahre Helden.

Aber jetzt wird gegen das Land eine andere, nicht neue Methode angewandt. Sie wurde auch schon gegen andere Länder angewandt. Das Land soll ökonomisch "erwürgt" werden. Der Blockadering wird immer enger.

z. B. erfolgten im Laufe von Dutzenden von Jahren Erdöllieferungen aus Mexiko. Unter dem Druck der USA soll dieser Kanal jetzt abgeschnitten werden.

Das Land soll ökonomisch unterminiert werden. Wenn Nikaragua keine Hilfe erhält, wird es nicht weiter bestehen können. Nur mit unserer Hilfe kann es weiter existieren.

Auf den entsprechenden Ebenen werden dazu Beschlüsse gefaßt. Die Führung des Landes sucht einen Ausweg, indem etwas am System geändert werden soll. Sie sprechen schon darüber, den privaten Sektor auszudehnen. Schlußfolgerungen sind bereits zu sehen. Die Situation ist nicht einfach.

Zum Nahen Osten

Der Nahe Osten zieht immer die Aufmerksamkeit auf sich. Die Lage ist kompliziert und sehr widersprüchlich. Sie ändert sich ziemlich oft. Die Zeit und das Leben haben gezeigt, daß sich die Lage im Nahen Osten nicht so entwickelt, wie Washington es will.

Es gibt schon Stimmen, daß die Sowjetunion an der Regelung dieser Probleme teilnehmen muß, während man früher sagte, welche Probleme und Interessen habe die Sowjetunion denn dort. Das gleiche betrifft die USA.

Die PLO bleibt bestehen trotz aller Schritte, um diese zu zerstören. Syrien hat seine Position. Mit Libanon hat es auch nicht geklappt. Mit Ägypten läuft auch nicht alles so, wie die USA wollten.

Unsere Vorschläge für die Verhandlungen und die Teilnehmer daran gibt es. Es wurde viel geredet. Die Zeit vergeht. Unsere Vorschläge bleiben aktuell. Man wird dazu kommen müssen, da diese Vorschläge durchdacht sind.

Wir sagten es und wiederholen es noch einmal: Unsere Außenpolitik basiert auf den Leninschen Prinzipien. Man muß die Interessen aller Länder berücksichtigen, gleichberechtigt und kein Druck von außen. Wir waren immer gegen die Position der Stärke. Wir haben keine Veranlassung, unsere Politik zu ändern. Es bestätigte sich alles, daß wir bereits vor 10 - 15 Jahren recht hatten.

Man muß die Außenpolitik langfristig planen und gestalten, in die Zukunft schauen.

Unsere Positionen waren schon immer ausgewogen und realistisch.

Zur Zusammenarbeit

Mit der Zusammenarbeit sind wir zufrieden. Mit Ihnen läuft die Zusammenarbeit im Vergleich zu den anderen Ländern am besten. Wir leisten uns gegenseitig sehr gute Unterstützung. Wir tauschen aktiv Informationen aus. Ich will nicht die einzelnen Linien aufführen. Dies ist nicht das Ziel unseres Treffens. Ich möchte in aller Offenheit unsere tiefe Genugtuung über die Beziehungen, die sich zwischen uns herausgebildet haben, zum Ausdruck bringen.

Wir sind jetzt damit beschäftigt, unseren tschekistischen Platz zu den Problemen des Märzplenums zu finden.

Wir beschäftigen uns nicht mit den Wirtschaftsplänen und der Produktion, aber damit, wie wir durch unsere Möglichkeiten dazu beitragen können, diese Pläne zu erfüllen. Darauf konzentrieren wir uns.

Wir haben ein operatives Geschenk der wissenschaftlich-technischen Aufklärung vorbereitet. Es geht um Probleme der Kohlehydrierung. Unsere Spezialisten schätzen ein, daß es einen großen wirtschaftlichen Nutzen bringt.

Gen. Mielke: Herzlichen Dank für die Darlegungen.

Es ist jetzt nicht die Möglichkeit, zu allen Fragen zu sprechen, die noch offen geblieben sind.

Ich werde noch einige Fragen herausarbeiten, die wir noch klären müssen.

Zunächst habe ich den Auftrag vom Generalsekretär, Gen. Erich Honecker, herzliche Grüße an den Generalsekretär der KPdSU, Gen. M. S. Gorbatschow, zu übermitteln.

Ebenso hat mich Gen. Honecker beauftragt, herzliche Grüße an Gen. Tschebrikow, Gen. Gromyko und alle anderen Genossen des Politbüros zu übermitteln.

Gen. Honecker hat mit großer Freude die Einladung angenommen zur Teilnahme an der Eröffnung des Museums des antifaschistischen Widerstandskampfes in Krasnogorsk.

Er rechnet mit der Übermittlung der Kampfesgrüße, daß er bei seinem Besuch eine Besprechung mit Gen. Gorbatschow haben wird.

Gleichfalls gibt es eine Einladung zur Namensgebung des Thälmannplatzes und zur Grundsteinlegung für ein Thälmann-Denkmal.

Wir schätzen dies als eine außerordentliche Würdigung im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus und der Befreiung unseres Volkes. Gen. Honecker kommt dieser Einladung mit größter Freude nach und erachtet die Möglichkeit, einige Probleme, die in der Spitze stehen, zu besprechen für sehr bedeutungsvoll. Dabei sind auch einige Fragen, die auch uns interessieren und sich aus der letzten Besprechung zwischen den Genossen Fischer und Gromyko ergeben. Ich werde darauf zurückkommen, wenn ich zum Komplex BRD, zu unseren politisch-operativen Fragen spreche. Das andere soll man in der Spitze besprechen.

Gen. Honecker bedankt sich auch für die Unterstützung des Gen. Gromyko bezüglich Rumänien.

Vielen Dank für das wertvolle operative Geschenk. Wir haben, um keine Zeit zu verlieren, unser Geschenk schon vorab geschickt. Es ist von außerordentlicher strategischer Bedeutung für die Sowjetarmee und die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft.

Ich erwarte noch eine Antwort auf die Probleme ELOKA und eine Reihe anderer Dokumente, die wir zur Einschätzung gegeben haben. Diese sind von außerordentlicher Bedeutung, wie es bereits in dem an mich gerichteten Brief festgestellt wird (einzigartige Information!).

Es fehlen noch die Antworten auf die anderen Fragen, die wir rechtzeitig geschickt haben. Wie soll die Sache weitergehen mit der Behandlung der ELOKA der Amerikaner gegen unser sozialistisches Lager. Die Spezialisten müssen sich zusammensetzen, um die Grundlagen für die Entscheidung zu schaffen.

Ich habe auch den Brief von Minister Hoffmann hergeschickt, der sich an mich gewandt hat und mit meiner Einschätzung auch einverstanden ist, d. h. mit unserer Einschätzung als Staatssicherheit, die wir an Gen. Tschebrikow geschickt haben. Die Spezialisten müssen ausarbeiten, wie in Friedenszeiten und wie im Ernstfall gearbeitet werden muß.

Die Bedeutung dieses Problems hat die Analyse der im Zusammenhang mit großen Militärübungen (Wintex) gewonnenen umfangreichen Erkenntnisse auf elektronischem Gebiet nochmals unterstrichen. Es zwingt, diesen Grundfragen größte Aufmerksamkeit zu widmen zu den Grundfragen der "Überraschung", damit wir nicht von einem atomaren Schlag überrascht werden.

Dazu kommen die Erkenntnisse, wie der BND arbeitet. Vielleicht ist es möglich, dazu vor der Abreise noch eine Antwort zu erhalten, um zu wissen, wie weiter verfahren werden soll.

Im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus und der Befreiung unseres Volkes werden von unserer Partei außerordentliche Anstrengungen unternommen. Bereits am 11. 1. 1985 wurde ein entsprechender Aufruf erlassen. Wir können stolz sein, daß unsere Partei solch eine große Initiative ergriffen hat zur Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Dies hat gewaltige Dimensionen angenommen.

Ich habe 10 Tage die Lokalpresse zu diesen Fragen durchgelesen. Was dort in der DDR alles geschieht, ist nicht zu erfassen, was die Menschen für eine Einstellung zu dieser Sache haben.

Ich spreche nicht davon, was wir als Tschekisten machen, welche Maßnahmen wir ergreifen, diesen historischen Moment für die Erziehung zu nutzen. Dies steigert sich bis zu den Treffen mit den Amerikanern in Torgau und Barth.

Die große theoretisch-ideologische Arbeit der Partei entspricht dem großen Kampf um den Frieden und hat große Auswirkungen. Wie Georgi Karpowitsch in der Telefonpause gesagt hat, wie die Menschen zu uns stehen, ist dies eine große Kampagne für die deutsch-sowjetische Freundschaft.

Deshalb ist für mich besonders wichtig, daß man alles tun muß, daß es möglichst wenige Vorkommnisse gibt, um diese Freundschaft nicht zu stören.

Ich will über prinzipielle Fragen sprechen und nicht über einzelne Ereignisse.

Aber diese Vorkommnisse mit Straftaten sind nicht gut für die große Kampagne, die wir führen.

Bis jetzt ist kein Nachlassen zu verzeichnen. Im Gegenteil. Teilweise gibt es in diesen Monaten sogar eine Zunahme.

Deshalb spreche ich dies hier prinzipiell an. Über die einzelnen Vorkommnisse werde ich mit Gen. Schumilow sprechen.

Mit Georgi Karpowitsch haben wir uns ausgetauscht. Man muß Einfluß nehmen, weil dies Auswirkungen hat. Es geht nicht um Einzelfälle. Da es einen solchen Charakter angenommen hat, muß man dazu Stellung nehmen.

Ich habe dem Generalsekretär gesagt, daß ich dies so prinzipiell anpacken werde und wir die Partner sind, die auch darüber sprechen müssen.

Deshalb noch einmal: Man muß alle Anstrengungen unternehmen, um dies zu lösen. Es ist für uns politisch-operativ von Bedeutung und nicht um Beschwerden zu führen. Es geht um die Grundfragen.

Georgi Karpowitsch kenne ich schon über 30 Jahre. Deshalb wollte ich dieses Problem hier in dieser kurzen Form noch einmal ansprechen.

Gen. Viktor Michailowitsch! Wir konzentrieren uns auf die Fragen des Kampfes um den Frieden und gegen den atomaren Krieg. Wir verfolgen auch die Entwicklung der konventionellen Waffen. Es ist unwahrscheinlich, was alles bis zum Jahr 2000 entwickelt werden soll. Weltraumgestützte Raketensysteme sind in der Forschungsphase mit der Zielstellung der Indienststellung nach 1995. Antisatellitenwaffen sollen in 5 - 10 Jahren entwickelt werden. Über die landgestützten MX-Raketen wurde bereits gesprochen. Des weiteren: Interkontinentalraketen Midgetman, kernkraftgetriebene U-Boote vom Typ OHIO, die erste Staffel B-1 Bomber ist bis 1986 einsatzbereit und mit Marschflugkörpern ausgerüstet, Nachrüstung der älteren Bomber. In Großbetrieben wird geforscht und entwickelt.

Dem schenken wir größte Aufmerksamkeit. V. Michailowitsch hat dies ebenfalls zum Ausdruck gebracht und dies mit Absicht analysiert, um zu zeigen, was eigentlich in der Welt los ist, um Dokumente zu erhalten, um vorbeugend tätig werden zu können.

Wir widmen dieser Sache große Aufmerksamkeit, haben spezielle operative Organe gebildet, die Tag und Nacht im Einsatz sind. Sie fassen alles zusammen, werten aus, um sofort Alarm auszulösen, wenn eine ernste Verschärfung der Situation eintritt. Zu diesen Fragen möchten wir vor der Abreise eine gewisse Entscheidung erhalten.

Gen. Tschebrikow: Zur ELOKA

Wir haben den Brief erhalten, aufmerksam studiert und dem Generalstab übergeben. Dies ist in der UdSSR das federführende Organ für diese Fragen. Dort wird es ebenfalls aufmerksam analysiert.

Wir haben uns noch einmal getroffen und besprochen, daß es zu einem beschleunigten Treffen zwischen den Vertretern beider Seiten kommt, um alles noch einmal einzuschätzen. Unsere Seite ist zu einem Treffen bereit. Gen. Hoffmann soll dies mit den sowjetischen Vertretern besprechen.

Gen. Mielke: Erst müssen sich die Tschekisten treffen. Das Wichtigste ist die Geheimhaltung. Es wird zuviel darüber gesprochen. Ich will nicht Marschall sein. Aber wir müssen dies zuerst analysieren. Es ist unser Material. Hoffmann hat unser Material.

Gen. Tschebrikow: Bei uns ist das Verteidigungsministerium zuständig.

Gen. Mielke: Gut. Dann werden wir unseren General mit einschalten.

Gen. Tschebrikow: Wenn Sie nicht einig werden, dann können wir uns noch einmal einschalten.

Unser Gespräch können wir morgen fortsetzen.

Gen. Zinjow: Der Generalstab ist einverstanden. Die Vorschläge werden berücksichtigt. Auch die technischen Fragen können zusätzlich mit dem Generalstab und den Vertretern des Ministeriums für Nationale Verteidigung erörtert werden.

Dazu gehört das Treffen der Tschekisten.

Gen. Mielke: Wir müssen unsere Quellen schützen.

Dank für das operative Geschenk. Wir werden prüfen, welche Ergebnisse es gibt.

Hier habe ich noch die Einschätzungen für bereits von Ihnen früher übergebene Geschenke.

Nochmals Dank für das jetzige Geschenk.

Wir sind gleichgesinnte Menschen und nutzen unsere Agenturen im Interesse des gesamten sozialistischen Lagers. Die Hauptfrage dabei ist die Sicherung unserer Agenturen. Wir werden uns gegenseitig weiterhelfen.

Fortsetzung der Gespräche am 4. 4. 1985

Gen. Mielke: Wir haben das Kabinett der Tschekeiten besucht.

Dies hat eine außerordentliche politisch-ideologische Bedeutung für die Erziehung der Tschekeiten anhand der historischen Taten, der Dekrete Lenins und unter Führung Dzierzynskis.

Vom ersten Tage bis zum heutigen Tage gibt es ein gutes Bild der außerordentlichen Treue und Ergebenheit der Tschekea zur Sache Lenins, der Werktätigen und der Partei. Es zeigt den Kampf um die gerechteste Sache, um den Frieden.

Alles, was man sieht, zieht sich dies wie ein roter Faden durch vom 1. Moment an bis zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung.

Ein sehr eindrucksvolles Kabinett.

Habe die Absicht, einige Spezialisten auf diesem Gebiet nach Moskau zum Erfahrungsaustausch zu schicken, um noch mehr zum gemeinsamen Kampf der Tschekeiten zu zeigen.

Auch den Abschnitt über die befreiten Länder und die Herausbildung der Staatssicherheitsorgane im Sinne der Tschekea und die Bedeutung dieses Kampfes für die Einheit und Geschlossenheit könnte man stärker zum Ausdruck bringen.

BStU 000023

Herzlichen Dank für die Möglichkeit, dies anzusehen. Haben unsere Meinung dort gesagt. Vielleicht war eine kleine Bemerkung ein Fehler. Unserem Führer durch das Kabinett haben wir unser kleines Buch übergeben mit den Kundschaftern. Natürlich ist dort auch R. Sorge drin. Aber er sei von der Militäraufklärung, war die Antwort auf meine Feststellung, daß er in der Ausstellung fehlt. Meine Antwort war, daß für mich nicht entscheidend ist, ob er zur Militäraufklärung gehörte, sondern, daß er als Kommunist der Partei Thälmanns große Arbeit geleistet hat. Nicht welcher "Fraktion" er angehörte GRU oder KfS, entscheidend ist: Für die Sowjetmacht. Sage dies nur, wenn man anderer Meinung sein sollte. Insgesamt habe ich dort eingeschätzt, daß das Kabinett außerordentlich eindrucksvoll ist.

Es ist festzustellen, welche große historische Bedeutung dem 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus zukommt. Es wird gezeigt, was die sowjetischen Menschen seit der Großen Oktoberrevolution geleistet haben einschließlich der aktuellen Rolle jetzt in Afghanistan (9 Helden, davon sind 3 gefallen). Also außerordentlich eindrucksvoll.

Herzlichen Dank für diese Möglichkeit.

Wollen uns bemühen, unseren Beitrag zu leisten nach dem Beispiel, was wir gesehen haben.

Gen. TSCHEBRIKOW: Dank für diese guten Worte. Diese Ausstellung wird periodisch verändert. Nach einem halben Jahr wird ausgewechselt. Es ist technisch bereits so vorgesehen. Es können ständig neue Ausstellungen angefertigt werden. Dabei werden die Vorschläge unserer Genossen berücksichtigt. Auch Ihre Bemerkungen werden wir berücksichtigen. Es soll immer aktuell bleiben. Es ist nicht gelungen, mit einemmal alles darzustellen. Vielen Dank.

Gen. Mielke: Es wäre gut, wenn man auch zeigt - nicht immer und überall - die Agenturen, die wirklich die Offiziere führten. Dies hat auch große Bedeutung für die Tschekisten, die noch keine Agenturen führen. Man muß zeigen, wie man solche Agenturen findet und führt. Ohne die Agenturen gibt es keine Erfolge. Wollen dies bei uns zeigen, daß es auch heute möglich ist, Menschen zu finden, die für den Frieden sind, für unsere Sache zu gewinnen.

Gen. Tschebrikow: Dies überlegen wir auch.

Gen. Mielke: Wir haben den Film über die "Rote Kapelle" gebracht. Botschafter Abrassimow hat mit mir diskutiert, warum wir die Botschaft gezeigt haben. Meine Antwort war: damit jeder sieht, wo er hingehen muß, wenn er etwas zu melden hat. Warum anonym bleiben.

Zur Lage in der DDR

Was die Lage in der DDR betrifft, gibt es den vorjährigen Darlegungen nichts grundsätzlich Neues hinzuzufügen. Die Lage ist durch hohe politische Stabilität, durch das enge Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Bevölkerung, durch eine Vielzahl großer Taten zur Stärkung der DDR und damit auch der sozialistischen Staatengemeinschaft gekennzeichnet.

Davon zeugt vor allem, daß 1984 ein weiteres erfolgreiches Jahr der Durchsetzung der Wirtschaftspolitik der Partei war. So wurden 1984 im Vergleich zu 1983 - um nur einige Hauptergebnisse zu nennen - folgende Steigerungsraten erreicht:

- Das Nationaleinkommen stieg um 5,5 %. Damit wurde der bisher höchste Zuwachs in Höhe von 11,7 Milliarden Mark erreicht.
- Die industrielle Warenproduktion erhöhte sich um 4,2 %.
- Erreicht wurde eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft insgesamt um 5 % - die entscheidende Frage nach den Leninschen Prinzipien.
- Rund 207 000 Wohnungen wurden neugebaut bzw. modernisiert.
- Bei Getreide wurde mit 11,5 Mio t eine Rekordernte erzielt. Der durchschnittliche Ertrag je ha betrug rund 45 dt.
- Der Außenhandelsumsatz der DDR stieg insgesamt um 8 %, darunter der mit der UdSSR um 10 %.

Durch Anspannung aller Kräfte wurde in der Winterperiode 1984/85 die Energiesituation im wesentlichen beherrscht und eine stabile Versorgung gewährleistet. Kurzzeitig eingetretene Komplikationen - überwiegend auf subjektives Fehlverhalten zurückzuführen - führten zu keiner ernststen Gefahrensituation. Energie und Heizung für die Bevölkerung waren sichergestellt. Aufgrund des hohen Anteils der Braunkohle am Primärenergieaufkommen der DDR (72 %) sind für uns verschärfte Winterbedingungen besonders problematisch.

Durch schnellen Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte, darunter fast 8.000 Angehörige der NVA, VP und des MfS, konnte trotz außergewöhnlicher Bedingungen für unsere Verhältnisse - stabile Kohleförderung, Energieversorgung und Verkehrsabwicklung gesichert werden. Einsatz Angehöriger der bewaffneten Organe zeugte von hohem Vertrauensverhältnis der Werktätigen zu den bewaffneten Organen, festigte Verbundenheit, erbrachte hohe ökonomische Ergebnisse.

BSU
000026

Unsere Genossen haben 160 - 180 % erreicht. Tag und Nacht gearbeitet, Sonnabend und Sonntag. Nebel. Ein ökonomischer Erfolg, da es zu keinen Schwierigkeiten kam. Wichtig ist aber die außerordentliche Verstärkung des Vertrauensverhältnisses zur Arbeiterklasse. Natürlich war es für die Staatssicherheit schwer. Einige 100 Spezialisten wurden ausgewählt. Schweiß-techniker, Elektroniker usw., wo Mangel an solchen Spezialisten war. Jetzt müssen wir sie zurückholen.

Zur Beherrschung der Situation, vor allem zur Gewährleistung der Produktion, mußten dennoch erhebliche Mengen Brennstoffe aus der Staatsreserve eingesetzt und auch zusätzliche Importe aus dem NSW in einer Größenordnung von rund 600 Mio Valutamark getätigt werden. Neben den damit verbundenen Problemen gibt es in der DDR auch noch andere Probleme - wie im vorigen Jahr schon dargelegt.

Es gab Schwierigkeiten mit der VR Polen, mit Steinkohlelieferungen. Hat sich wieder stabilisiert.

Von seiten der Partei erfolgte eine umfassende Mobilisierung und eine Verpflichtungsbewegung,

- zusätzliche Arbeitsleistungen von 3 Tagen zu erzielen, davon bis zum 40. Jahrestag des Sieges und der Befreiung 1 Tag,
- die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie (7,1 %) um 1 % zu überbieten,
- schnellere Erhöhung Qualität der Export- und Konsumgüterproduktion zu erreichen.

Insgesamt ist einzuschätzen, daß die Arbeit nach dem Kombinati-Prinzip auf dem Weg zur umfassenden Intensivierung zu bedeutenden Fortschritten geführt, wesentlich zu der kontinuierlichen Leistungssteigerung und den beachtlichen ökonomischen Ergebnissen beigetragen hat.

(Gen. Gorbatschow hat Interesse für Arbeit der Kombinate bekundet.)

Daß in unserer Republik die Aufgaben auf ökonomischem Gebiet - wie auch auf allen anderen Gebieten - von festen Positionen aus und mit großem Optimismus in Vorbereitung auf den XI. Parteitag in Angriff genommen konnten, ist vor allem auch ein großes Verdienst der Sowjetunion -

von der großen welthistorischen Befreiungstat vor 40 Jahren,
über die unserem Staat und Volk gewährte ständige große Hilfe und Unterstützung,
bis zum immer engeren Zusammenrücken unserer Parteien, Staaten und Völker.

Ich nenne hier nur

das Programm der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR in Wissenschaft, Technik und Produktion bis zum Jahre 2000 (eine wahrhaft historische Dimension!)

und

die auch für 1985 geplante weitere Steigerung des Außenhandels mit der UdSSR um fast 7 % und die damit verbundene Sicherung des Bezuges von Rohstoffen, Energieträgern, Ausrüstungen in Größenordnungen, die für unsere Entwicklung entscheidend, lebenswichtig sind.

Selbst diese kurzen Hinweise legen beredtes Zeugnis davon ab, wie sich unsere Zusammenarbeit entwickelt, welch hohen Stand sie erreicht hat.

Ich darf, teurer Genosse Viktor Michailowitsch, diese Gelegenheit nutzen, Ihnen - und über Sie der gesamten Partei- und Staatsführung - dafür noch einmal ganz herzlich danken.

Unser Dank gilt auch dem Kollektiv der sowjetischen Tschekisten in der DDR und seinem Leiter, Genossen Schumilow.

Wir kämpfen gemeinsam, teilen Leid und Kummer und auch die Freuden, erringen gemeinsam Erfolge.

Gestützt auf unser enges Kampfbündnis werden wir unseren Beitrag in der internationalen Klassenauseinandersetzung zuverlässig erfüllen, werden wir uns auch künftig als Kampf-
abteilung der Tscheka bewähren.

Ich darf nun auf einige ausgewählte aktuelle Probleme, die mir für die Lageeinschätzung und unser Vorgehen wichtig erscheinen, zu sprechen kommen.

Zur Politik gegenüber der BRD

Die DDR vertritt in ihrer Politik gegenüber der BRD und anderen imperialistischen Staaten fest und konsequent die gemeinsam festgelegten Positionen der sozialistischen Staatengemeinschaft und unterstützt umfassend die Initiativen und Vorschläge der UdSSR, des Warschauer Vertrages zur Sicherung des Friedens und zur Lösung anderer wichtiger internationaler Probleme.

Angesichts der Verschärfung der internationalen Lage gehen wir in unserer Politik gegenüber der BRD davon aus, daß beide deutsche Staaten - an der Trennlinie von Sozialismus und Imperialismus - eine besondere Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und die Beseitigung der Kriegsgefahr tragen.

In den Beziehungen zur BRD bleibt es oberster Grundsatz, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Die Lösung dieser Aufgabe ist schwer, da die BRD innerhalb der NATO zu den hartnäckigsten Verfechtern des amerikanischen Hochrüstungs- und Konfrontationskurses gehört und ihr Territorium in eine Abschußrampe für neue USA-Kernwaffen verwandelt wird (Hauptstationierungsland).

Es ist nicht uninteressant, Wörner zu hören, was er auf der Konferenz Atlantikbrücke in Dallas darlegte (sh. ADN-Meldung). Die BRD ist der einzige Bündnispartner der NATO, der alle Truppen der NATO unterstellt.

Bereits im Frieden werden auf engstem Raum in der BRD 900.000 Soldaten (darunter 400.000 ausländische Soldaten) unterhalten. Ein Beweis, wie wirklich ernst die Lage ist bei einer solchen Stationierungsdichte. Sie ist 26 mal höher als in den USA. Es gibt 40.000 militärische Einrichtungen sowie Übungsräume. 92.000 Unterkünfte werden der NATO kostenlos zur Verfügung gestellt. 5.000 militärische Übungen von 2 - 3 Tagen Dauer erfolgen jährlich. 80 Übungen mit mehr als 2.000 Teilnehmern. 14.000 Großmanöver mit 10 - 40.000 Teilnehmern und mit 10.000 Rad- und Kettenfahrzeugen. Dazu jährlich 580.000 Übungsflüge, davon 110.000 Tiefflüge über westdeutschem Territorium. Dies sagt er als Begründung, daß sie genug Geld geben.

Wir gehen davon aus, daß in den wichtigsten Fragen des Kampfes des Imperialismus gegen den Sozialismus eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den USA und der BRD besteht. Diese Übereinstimmung in der antisozialistischen Strategie auf politischem, ideologischem, ökonomischem und militärischem Gebiet prägt in entscheidendem Maße die Politik der BRD gegenüber den sozialistischen Staaten, darunter der DDR. Das Vorgehen der BRD gegen die DDR ist fest in die gesamtimperialistische Strategie eingeordnet.

Das findet seinen konkreten Ausdruck auch in der mehr oder weniger offenen, jedoch ständigen Bekräftigung der revanchistischen Grundpositionen der Regierung der BRD. Das ist fest eingeordnet und steht in Übereinstimmung mit den Angriffen der aggressivsten Kreise der USA und anderer NATO-Staaten gegen die Beschlüsse von Jalta und Potsdam. Dazu gehört auch die ständige Wiederholung der These, daß die deutsche Frage noch offen sei.

Auf der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen stellte Genosse Erich Honecker, auf die BRD eingehend, fest: "Ihr ständiges Bemühen, das eigene militärische Gewicht in der NATO, in der Westeuropäischen Union zu vergrößern, ihre illusionären Vorstellungen vom Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, wozu außer der DDR auch Gebiete

Volkspolens, der CSSR und der UdSSR gehören, machen unser Bestreben, entsprechend dem Grundlagenvertrag gutnachbarliche Verhältnisse zwischen der DDR und der BRD herzustellen, nahezu unmöglich."

Wir gehen stets davon aus, daß es sich besonders bei der Grenzfrage um eine Frage von Krieg oder Frieden handelt. Bekanntlich wurde in der gemeinsamen Mitteilung über das Treffen des Genossen Erich Honecker mit Kohl am 12. 3. 1985 in Moskau festgestellt, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind.

Das sind unseres Erachtens wichtige Feststellungen, die im weiteren Kampf gegen den Revanchismus, gegen die reaktionärsten Kräfte in der BRD und gegen alle gegen die europäischen Grenzen gerichteten Aktivitäten genutzt werden müssen. Deshalb unterstreiche ich dies.

Natürlich wird eine solche Erklärung Kohls nicht überbewertet. Er gehört in erster Linie selbst mit zu den Kräften, die, besonders gegenüber der DDR, die revanchistischen Positionen vertreten. Wir haben keine Illusionen über die Lage in der BRD und die Politik ihrer Regierung. Ich spreche über die Entscheidung in der politischen Führung.

In der BRD hat der Einfluß der Konfrontationspolitiker, der rechten, offen revanchistischen Kräfte wie Dregger, Lintner, Abelein, Jäger, Huyn, Hupka, Windelen, Reddemann und anderer CDU/CSU-Kreise insgesamt wesentlich zugenommen. In engster Anlehnung an die aggressivsten, reaktionärsten Kreise der USA haben sie - unter dem Schirm der in der BRD stationierten USA-Mittelstreckenraketen - ihre politischen Aktivitäten bedeutend verstärkt. Ihre politische Stärke und ihr Einfluß auf die Regierungspolitik sind, wie wir einschätzen, gewachsen.

Es muß erwartet werden, daß diese rechtskonservativen Kreise der CDU/CSU und der Revanchistenverbände auch weiterhin versuchen werden, bestimmte Initiativen der Regierung bzw. einzelner Regierungsmitglieder (z. B. Genscher) in Richtung einer erneuten Belebung politischer und ökonomischer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten sowie einer gewissen politischen Verständigung zu behindern bzw. zu verhindern sowie die Positionen erneut zu verhärten.

Wir sehen aber auch, daß es selbst in den Regierungsparteien zu bedeutenden internationalen Problemen, z. B. zum Ost-West-Verhältnis, bestimmte unterschiedliche Auffassungen gibt.

Das betrifft u. a. die weitere Gestaltung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, das Verhältnis zu den Ost-West-Verträgen, die weitere Entwicklung der ökonomischen Beziehungen. Es gibt auch Unterschiede in der Haltung zur USA-Sternenkriegskonzeption und zu den Gefahren, die sich aus der vollständigen Unterordnung der BRD unter den Hochrüstungs- und Konfrontationskurs der USA ergeben, auch wenn das in der Öffentlichkeit nicht immer so sichtbar wird. Wir sind der Meinung als Tschekisten, daß das in der Politik und in unserer operativen Arbeit entsprechende Berücksichtigung finden muß.

Wir betrachten es deshalb als eine wichtige Aufgabe der politisch-operativen Arbeit, die unterschiedlichen Auffassungen und Positionen von Vertretern der Regierungsparteien allseitig aufzuklären und zu analysieren, um sie in der weiteren Arbeit gegenüber der BRD politisch und operativ entsprechend den Erfordernissen und Möglichkeiten nutzen zu können. Die Ergebnisse dieser Analyse sollten nach unserer Überzeugung zu einem gemeinsamen Programm politischer und operativer Maßnahmen führen.

Prinzipiell stellt die DDR in ihrer Politik gegenüber der BRD die politischen Grundforderungen in den Mittelpunkt, wie sie Genosse Erich Honecker in seiner bekannten Rede in Gera gestellt hatte.

Auch wenn diese Grundforderungen hinsichtlich der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, wie sie dem Völkerrecht entsprechen, aus den bekannten revanchistischen Motiven heraus noch immer und zum Teil verstärkt abgelehnt werden, setzen wir im übergeordneten Interesse der Friedenssicherung Kontakte und Gespräche mit Vertretern der BRD-Regierung u. a. politischen Kräften der BRD fort. Wir halten es nicht für zweckmäßig, die Gespräche abreißen zu lassen.

Wir werden die Regierung der BRD auch nicht aus der Verantwortung entlassen, die sie mit dem Grundlagenvertrag, den anderen Vereinbarungen und Abkommen sowie mit Verträgen mit den anderen sozialistischen Staaten übernommen hat. Das bedeutet für uns, für die Arbeit des MfS, größte Anstrengungen und harte Auseinandersetzung. Die Mehrzahl aller operativen Probleme ist aufs engste damit verbunden.

Durch Genossen Erich Honecker wurde im Gespräch mit Kohl in Moskau erneut bekräftigt, daß sich die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nur auf der Basis des Grundlagenvertrages und der völkerrechtlichen Prinzipien vollziehen kann.

Das heißt: Seitens der DDR wird darauf gedrängt, daß der Grundlagenvertrag eingehalten wird (genau so, wie die anderen sozialistischen Staaten die Einhaltung der mit der BRD abgeschlossenen Verträge verlangen).

Wie andere sozialistische Staaten versucht auch die DDR weiterhin, auf bestimmten Teilgebieten der bilateralen Beziehungen im Interesse der friedlichen Koexistenz Ergebnisse zu erzielen, Fortschritte zu erreichen, wenn sie unseren Interessen entsprechen. Auch wenn dies äußerst schwierig ist, vor allem, weil die BRD nicht zur Lösung der Grundfragen bereit ist, gehen wir doch davon aus, daß diese Bemühungen fortgesetzt werden müssen.

So werden Kontakte, Gespräche und Verhandlungen auf ökonomischem Gebiet weitergeführt. Es werden auch die Verhandlungen zu weiteren, noch offenen Problemen, z. B. zur Zusammenarbeit auf den Gebieten Kultur, Wissenschaft und Technik, Rechtshilfe, fortgesetzt.

Als Ministerium für Staatssicherheit sehen wir eine entscheidende Aufgabe darin, mit unseren Mitteln und Möglichkeiten einen maximalen Beitrag zur Unterstützung dieser Politik der Partei- und Staatsführung zu leisten.

Es kommt die Messe in Hannover. Gen. Mittag will dorthin fahren zu Treffen mit Beitz, Weisweiler, Albrecht, Breul, Kohl, Jenninger, Rau, Späth, Schäuble und Strauß.

Frage:

Schätzen die sowjetischen Genossen die Probleme der Politik gegenüber den imperialistischen Staaten, darunter der BRD, ebenso ein?

Die Gespräche Gromyko-Fischer ergaben auch Unterschiede und Empfehlungen von Gromyko an Fischer für die DDR.

Ich hatte bereits darauf hingewiesen, daß die DDR die Verhandlungen zum Abschluß noch ausstehender Verträge fortsetzt. Die Verhandlungen zum Kulturabkommen sind soweit gediehen, daß nach Klärung einiger noch strittiger, komplizierter Probleme demnächst eine Übereinkunft und damit eine Unterzeichnung möglich erscheint.

Habe die Rede von Gromyko gelesen beim Vorschlag zur Wahl des Gen. Gorbatschow als Generalsekretär des ZK, wobei er kritisierte, daß man sich nicht von der Regel "schwarz-weiß" leiten lassen soll. Dies ist richtig. Davon lassen wir uns leiten. Da gibt es noch Zwischenlösungen und Zwischentöne.

Auf den anderen genannten Gebieten gibt es - verursacht durch die politisch destruktive Haltung der BRD - seit längerem keine Fortschritte.

Für mich erhebt sich nun die Frage, wie soll es selbst auf solchen Gebieten weitergehen, auf denen nach langwierigen Auseinandersetzungen vertragliche Grundlagen für die Gestaltung der Beziehungen geschaffen werden können?

Fragen:

Gibt es Vorstellungen, wie es auf solchen und auch anderen Gebieten in der Politik gegenüber der BRD weitergehen soll?

Ist in der nächsten Zeit - eventuell auch auf anderen Gebieten - mit konkreten Schritten der UdSSR gegenüber der BRD zu rechnen?

Ergeben sich eventuell aus dem Verlauf der Verhandlungen in Genf bestimmte Schlußfolgerungen, die im weiteren Vorgehen gegenüber der BRD beachtet werden müßten?

Welche Erfordernisse sehen die sowjetischen Genossen, um mit politisch-operativen Mitteln den Differenzierungsprozeß in den Bonner Regierungsparteien zu fördern und zu nutzen?

Spreche nicht über die Probleme, die auf Linie besprochen wurden. Es sind sehr wichtige Fragen auch für die anderen sozialistischen Bruderorgane.

In der letzten Zeit entwickelten sich besonders einige Kräfte der "Grünen" in der BRD und der "Alternativen Liste" in Westberlin immer stärker zu einem antisozialistischen Zentrum, von dem subversive Aktivitäten gegen die DDR und andere sozialistische Staaten ausgehen. Eine besonders aktive Rolle spielt dabei Petra Kelly (vermutlich Agentin der CIA). Die Art des Vorgehens deutet darauf hin, daß westliche Geheimdienste dahinterstehen (aber noch keine schlüssigen Beweise).

Wesentliche Aktivitäten:

- Zusammenwirken mit aus sozialistischen Staaten ausgewiesenen Staatsfeinden sowie negativen Kräften der westeuropäischen Friedensbewegung (Beratung über weitere sogenannte blockübergreifende Maßnahmen),
- Zusammenarbeit mit oppositionellen Kräften in der CSSR und Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit in der DDR,
- Bestrebungen, in der DDR vorhandene oppositionelle Kräfte unter dem Schirm der "Grünen" organisatorisch zusammenzufassen,
- Durchführung konspirativer Treffen in der Hauptstadt der DDR mit Kräften, die im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirken.

Beratungsthemen:

- . Möglichkeiten eines engeren Zusammenwirkens äußerer und innerer feindlicher Kräfte, Austausch von sogen. Positionspapieren,

- . Ausbau eines Kommunikationsnetzes unter Einbeziehung oppositioneller Kräfte aus anderen sozialistischen Ländern,
 - . Austausch von Erfahrungen zur Verstärkung der Arbeit in und mit sogen. Basisgruppen in der DDR,
 - . Einladung zur Teilnahme an bestimmten Aktionen in der BRD (z. B. zu einem Forum Anfang Mai 1985 in Bonn oder Westberlin anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung, das unter der Regie der "Grünen" stattfinden soll).
- Dies ist sehr ernst. Sie wollen uns zwingen, gegen die Personen in der DDR vorzugehen, um Riesenlärm zu machen. Aber wenn wir sie fahren lassen würden - darüber habe ich mit Gen. Honecker gesprochen - würden wir die "Grünen", die unabhängige Friedensbewegung legalisieren.

..

Aufklärung schwerer Gewaltverbrechen unter Nutzung der Transitstrecken zwischen der BRD und Westberlin

Nur zur Illustration, mit welchen Vorkommnissen, Erscheinungen wir u. a. bei der Sicherung der Transitstrecken und des Transitverkehrs zwischen der BRD und Westberlin (760 km Transitstraße) konfrontiert werden:

Am 24. 11. 1984 wurde an der Transitstrecke Drewitz - Marienborn, zerstückelt und in verschiedenen Behältnissen verpackt, eine unbekannte männliche Leiche aufgefunden. Da auch in der Vergangenheit schon wiederholt Gewaltverbrechen unter Nutzung des Transitverkehrs, u. a. im Zusammenhang mit Menschenschleusungen, begangen wurden, erfolgte von Anfang an eine zielgerichtete Bearbeitung durch das MfS. Durch umfangreiche politisch-operative Maßnahmen, kriminalistische Kleinarbeit, zielgerichtete Analyse des Reiseverkehrs im möglichen Tatzeitraum (betraf ca. 50.000 Personen) und davon ausgehenden Ermittlungen wurde der begründete Verdacht erarbeitet, daß es sich bei dem Ermordeten um einen

in Westberlin lebenden sogen. Exil-Afghanen und bei den Mördern um seine Ehefrau (polnische Staatsbürgerin mit Wohnsitz in Westberlin) und einen mit ihr liierten weiteren Exil-Afghanen handelt.

Im Interesse der weiteren Aufklärung/Überführung der Täter wurden umfangreiche Beweisdokumente an den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht in Westberlin übergeben. Damit wurde zugleich das Ziel verfolgt, die Westberliner Behörden zu veranlassen, gegen Personen, die den vom Transitabkommen erfaßten Transitverkehr zu Verbrechen mißbrauchen, vorzugehen. Hat politische Bedeutung, da nicht wenig Versuche, Mißbrauch des Transitabkommens, auf Boden der DDR begangene Rechtsverletzungen durch Bürger der BRD und Westberliner zu ignorieren, zu bagatellisieren, in bestimmtem Umfang sogar Vorschub zu leisten.

(Veröffentlichungen in den westlichen Medien belegen eindeutig die Richtigkeit des Vorgehens)

Zwischenzeitlich wurden durch die Westberliner Justizorgane die Täter inhaftiert und haben die Tat gestanden, wobei die von uns erarbeiteten Beweismaterialien wesentliche Grundlage für ihre Überführung waren.

Mit diesem einen Beispiel soll mit verdeutlicht werden, mit welchen Problemen wir neben den vielen anderen, die bereits Gegenstand der Gespräche waren, auch konfrontiert werden.

Und alles das bei

23,2 Mio Transitreisenden zwischen der BRD und Westberlin im Jahr 1984,

190.000 Mißbrauchshandlungen und weiteren Verletzungen des Transitabkommens - darunter

- . 12.000 Fälle der Verbreitung/Übergabe/Übernahme von Materialien,
- . 68.000 Verstöße gegen Zollvorschriften der DDR -

und vielen weiteren Mißbrauchshandlungen und Verletzungen des Transitabkommens.

Mir liegt gegenwärtig der vom KfS der UdSSR erarbeitete Entwurf

"Protokoll über das Zusammenwirken des KfS der
UdSSR und des MfS der DDR auf der Linie der Militär-
abwehr in Kriegszeiten"

vor.

Ich stimme diesem Entwurf zu. Die Unterzeichnung könnte während
des Besuches einer Delegation der III. Hauptverwaltung des KfS
in der DDR im Mai diesen Jahres erfolgen.

Bei der Realisierung dieser Aufgabenstellung müßte jedoch be-
achtet werden, daß - bezogen auf die Hauptaufgaben in Friedens-
zeiten - nicht alle der im Protokoll enthaltenen Festlegungen
durch die Militärabwehr des MfS, also die Hauptabteilung I,
wahrgenommen bzw. realisiert werden können.

Ich nenne hier nur die Aufgaben zur Konkretisierung von
Objekten der Geheimdienste des Gegners in einer Zone möglicher
Kampfhandlungen (Ziffer 2).

Für diese Aufgaben sind im MfS die Aufklärung und die Spionage-
abwehr (Hauptabteilung II) hauptverantwortlich. Der Informations-
austausch zu diesen Fragen mit dem KfS sollte auch zukünftig
bei diesen Linien bleiben, die damit natürlich auch die volle
Verantwortung dafür tragen, daß solche Grundlagen bei Notwendig-
keit für die Militärabwehr zur Verfügung stehen.

Wir erachten es deshalb für notwendig und zweckmäßig, von den
gegebenen Verantwortlichkeiten und den damit verbundenen
operativen Möglichkeiten ausgehend die Realisierung der Auf-
gabenstellungen dieses Protokolls zu organisieren.

Das sollte im Zusammenwirken entsprechende Beachtung finden.

BStU 000041

Zur wissenschaftlich-technischen Aufklärung

(Gen. Minister übergab die Einschätzungen Anlage 1 und 2)

Herzlichen Dank. Wir wollen dies fortsetzen und im Wettbewerb bleiben, ohne aufzurechnen, wer mehr macht und wer weniger. Beide sind wir wirklich "reiche Brüder". In dieser Familie läßt es sich leben.

Nun zu einer im Prinzip neuen, aber für uns äußerst wichtigen Frage.

Bekanntlich ist die DDR- entsprechend Festlegungen des Warschauer Vertrages - neben den neu übernommenen Aufgaben zur Produktion von Militärtechnik - darauf bin ich schon vorher eingegangen - auch zu Forschungen auf einigen Gebieten der Militärtechnik verpflichtet.

Auf einer bilateralen Beratung mit den sowjetischen Genossen auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Aufklärung im November vorigen Jahres wurde ausführlich darüber gesprochen und unser Informationsbedarf den sowjetischen Genossen übergeben.

Er wird von uns auch ständig konkretisiert.

Auch hier darf ich die Bitte um bestmögliche Unterstützung durch das KfS aussprechen.

In diesem Zusammenhang noch einige Bemerkungen zu den bekannten Aktivitäten der USA, die Embargo-Politik gegenüber den sozialistischen Staaten weiter zu verschärfen, die COCOM-Listen zu erweitern, weitere Staaten einzubeziehen, auf diese Linie festzulegen (siehe Japan - Leipziger Frühjahrsmesse, aber selbst Österreich, Schweiz, nordische Länder) und entsprechenden Druck auszuüben sowie bis zu den Geheimdiensten alle Mittel zur Durchsetzung dieser Linie einzusetzen.

Ober die damit verfolgten Ziele, aber auch über die Notwendigkeit, diese Bestrebungen wirksam zu durchkreuzen, besteht zwischen uns volle Obereinstimmung.

Sehen die Notwendigkeit, alle politischen und ökonomischen Verbindungen zu nutzen, gegen die weitere Verschärfung der Embargo-Politik Stellung zu nehmen, vorhandene Widerstände in politischen und Unternehmer-Kreisen zu stärken, durch konkrete Aufträge und Forderungen nach Einhaltung eingegangener Verpflichtungen diesen Kurs zu durchbrechen (Bange-
mann intern gegenüber Gen. Mittag: BRD spüre zunehmende Beschwerden von Handelspartnern; BRD wolle sich bemühen, Bestimmungen flexibel zu handhaben).

DDR stimmt dem Vorschlag der UdSSR zu, wie er auf der Beratung beim 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der UdSSR, Gen. Masljukow, am 5. 3. 1985 unterbreitet wurde, entsprechende Kommission zu schaffen, um gemeinsam nach Mitteln und Wegen zu suchen, Embargo-Politik der imperialistischen Staaten wirksam zu begegnen, eigenen Potenzen schneller zu erschließen.

Ich stimme auch dem von Gen. Schtscherbak, Leiter der VI. Verwaltung, auf dieser Beratung unterbreiteten Vorschlag zu, soweit dies tatsächlich für unbedingt erforderlich erachtet wird, einen Vertreter des MfS in die Kommission der DDR zu entsenden (vom KfS wurde ein derartiges Ersuchen noch nicht an das MfS gerichtet).

Ein bedeutendes Mittel besteht u. E. auch darin, durch eine weitere Verstärkung der wissenschaftlich-technischen Aufklärung und schnellste Nutzung deren Ergebnisse - im gemeinsamen Interesse - dazu beizutragen, daß die damit verfolgten Ziele nicht aufgehen.

Die auf diesem Gebiet bereits erzielten Ergebnisse, ich verweise nur auf das vorher Besprochene, unterstreichen das nachdrücklichst; unsere Ergebnisse lassen aber auch sichtbar werden, was wir noch nicht haben, was wir noch dringend brauchen.

Tagung des Apparates der Koordination der Funkabwehrorgane der sozialistischen Länder

Soweit auf Arbeitsebene bekannt wurde, ist diese Tagung - vorgesehen soll auch die Teilnahme der stellvertretenden Minister sein - für das III. Quartal 1985 geplant. Hauptthema sollen Probleme der UKW-Funkabwehr und deren technische Ausstattung sein.

Ich schlage Moskau als Tagungsort vor. Der Hauptgrund für diesen Vorschlag ist, daß im Zusammenhang mit dieser Tagung die sowjetischen Genossen die in der UdSSR vorhandenen technischen Mittel auf diesem Gebiet vorstellen könnten.

Gen. Minister übergab die Übersicht über im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus in der DDR und speziell im MfS vorgesehene Maßnahmen.

Gen. Tschebrikow: Die Fragen zur Konferenz der Funkabwehr in Moskau und zur wissenschaftlich-technischen Aufklärung wurden notiert. Sehe keine besonderen Schwierigkeiten. Das werden wir lösen in der praktischen Tätigkeit. Ebenso das Protokoll der Militärabwehr. Wenn es nicht fertig ist, braucht man sich nicht zu beeilen. Man kann es noch überarbeiten, alle Punkte noch einmal durcharbeiten.

Gen. Mielke: Dies hat seine Ursache in der unterschiedlichen Struktur.

Gen. Tschebrikow: Der Entwurf soll bis zum Ende bearbeitet werden. Alle Fragen, die sie aufgeworfen haben, werden wir durchdenken. Habe nicht das Gefühl, daß es Schwierigkeiten geben wird.

Zu den Fragen, insbesondere der BRD. Vielleicht ist es eine ungewöhnliche Antwort.

Vor zwei Wochen war das Treffen zwischen Gen. Gromyko und Gen. Fischer. Es gibt eine ausführliche Aufzeichnung der Gespräche. Bei uns und bei Euch. Wir haben sie beide gelesen. Wir haben die Entscheidung des Politbüros, das diese Gespräche bestätigt hat. Nach 2 Wochen kann ich Einzelfragen nicht neu erörtern. Dies ist zu früh, über einzelne Fragen zu sprechen. Auf höherer Ebene wurden diese Fragen bestätigt. Diese kompetenten, hohen Seiten sollen dies weiter präzisieren. Halte es nicht für notwendig, die Äußerungen von Gromyko zu kommentieren. Ich kann nicht sagen, ob er recht hat und wenn nicht, befinde ich mich nicht in der Lage, mich dazu zu äußern. Dies ist bei uns nicht üblich.

Es stehen die Treffen unserer Leiter bevor. Nicht wir sollen die Einschätzung zu diesen Fragen geben, Schlußfolgerungen ziehen, Äußerungen abgeben. Dies sollte auf anderer Ebene behandelt werden.

Gen. Mielke: Eine andere Antwort habe ich nicht erwartet. In diesem Rahmen kann ich nur unterstützen, was er gesagt hat. In diesen Hauptfragen gibt es keine Unterschiede.

Gen. Tschebrikow: Dies ist für mich zweifelsfrei.

Gen. Mielke: Gen. Wolf soll konkret mit Gen. Krjutschkow arbeiten. Die große politische Linie ist uns klar. Für die operative Arbeit soll man auf Linie besprechen, was man zum Nutzen unserer Partei und der Parteiführung bringen kann.

Gen. Tschebrikow: Richtig.

BSU
000046

Während der Arbeitsgespräche am 1. 4. 1985 führte Gen. Tschebrikow ein Telefongespräch mit dem Generalsekretär der KPdSU, Gen. M. S. Gorbatschow. Dieser ließ durch Gen. Tschebrikow übermitteln, daß Gen. Mielke in der Sowjetunion sehr gut als Kampfgefährte, Kommunist und Internationalist bekannt ist. Gen. Gorbatschow bat, Gen. Mielke seine besten Grüße und den Wunsch für weitere Erfolge in seiner verantwortungsvollen Tätigkeit als Minister für Staatssicherheit der DDR zu übermitteln.

ANLAGE 1

STRENG GEHEIM!

Einschätzung des von Genossen Tschebrikow im Mai 1984 dem
MfS übergebenen Informationsgeschenkes

1. Dokumentation und Bakterienstamm "Brevibacterium flavum"
zur mikrobiologischen Herstellung von L-Lysin

L-Lysin ist eine essentielle Aminosäure, die in der Landwirtschaft als wichtiger Futtermittelzusatz eingesetzt wird.

Die übergebenen Unterlagen und Muster stellen eine wertvolle Unterstützung für die laufende Entwicklung eines Produktionsverfahrens dar.

Die Anzucht des Lysin-Stammes in der Vorkultur gelang problemlos. Die Lysin-Bildung im vorgegebenen Produktionsmedium findet mit Erfolg statt. Die Ausbeute an Lysin liegt höher als bei dem bisher vorliegenden eigenen Stamm und die Bildung von unerwünschten Fremd-Aminosäuren ist deutlich niedriger.

Der übergebene Stamm produziert auf Glucose-Basis (Traubenzucker). Die mit den Laborversuchen vorliegenden Ergebnisse werden zielstrebig genutzt, um die Leistungsfähigkeit des Stammes für das DDR-günstigere Produktionsmedium Saccharose (Zuckerrüben-Basis) zu prüfen.

2. Materialkomplex "Betriebssystem UNIX-Version Berkely 4.2.
für VAX-Rechner

Der übergebene Materialkomplex "Betriebssystem UNIX-Version Berkely 4.2. für VAX-Rechner" umfaßt das Softwarepaket mit dem kompletten Betriebssystem "UNIX-Version Berkely 4.2." für VAX-Rechner sowie mehrere Anwendersoftwarepakete, die unter Verwendung dieses Betriebssystems auf VAX-Rechnern lauffähig sind.

Das Betriebssystem "UNIX" gilt gegenwärtig als das Standardbetriebssystem für leistungsfähige 16- und 32-bit-Mikrorechner.

Die Version Berkely 4.2. repräsentiert eine der modernsten Weiterentwicklungen dieses Betriebssystems und versetzt damit die DDR in die Lage, ihre Betriebssysteme vom Typ "UNIX" an den neuesten internationalen Stand anzupassen.

Die übergebene Anwendersoftware für VAX-Rechner ist in diesem Umfange in der DDR nicht vorhanden und versetzt die DDR in die Lage, umfangreiche Softwareentwicklungskapazitäten einzusparen. Von besonderer Bedeutung sind die übergebenen Softwarepakete zur Vernetzung von VAX-Rechnern sowie zum Datenbanksystem "Ingres".

Die Software zur Vernetzung von VAX-Rechnern dient zum Aufbau leistungsstarker Mehrrechnersysteme für die Militärtechnik. Das Datenbanksystem "Ingres" ermöglicht es, schnell und effektiv große Datenmengen in der Militärtechnik oder in der Volkswirtschaft abzuarbeiten.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß der übergebene Materialkomplex eine große Unterstützung für die Volkswirtschaft der DDR darstellt.

E i n s c h ä t z u n g

der Dokumentation zum Know-how der Herstellung von Chromsubstraten

Das vorliegende Know-how umfaßt die komplette Beschreibung des technologischen Ablaufes, der zur Herstellung von Chromsubstraten für die Mikroelektronik erforderlich ist.

Der Wert der Dokumentation wird dadurch erhöht, daß detaillierte Arbeitsvorschriften, Prüf- und Kontrollanweisungen für jeden Arbeitsplatz exakt vorgegeben sind.

Dadurch kann der technologische Prozeß zur Herstellung von Chromsubstraten für die Mikroelektronik exakt nachvollzogen werden.

Chromsubstrate bilden das Ausgangsmaterial für die Strukturierung aller hochintegrierten Schaltkreise.

Das vorliegende Know-how versetzt die DDR in die Lage, kurzfristig eine eigene, NSW-importfreie Technologie für die Herstellung von Chromsubstraten für die Mikroelektronik zu entwickeln. Es stellt damit einen bedeutsamen Beitrag zur Störfreimachung der Mikroelektronikindustrie der DDR von NSW-Importen dar.

Weitere Fragen, die sich aus dem Material ergeben, wurden der 1. Hauptverwaltung des KfS bereits übergeben mit der Bitte um Ergänzung.